

EU-Ideologen steuern uns mit Farm2Fork in die Hungerkatastrophe

geschrieben von Admin | 16. März 2022

von Edgar L. Gärtner

Bereits im letzten November, also Monate vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges, habe ich an dieser Stelle auf drohende Hungersnöte wegen einer sprunghaften Erhöhung der Gas-, Stickstoffdünger- und Getreidepreise hingewiesen. Nach den Statistiken der Welternährungsorganisation FAO sind deshalb die Lebensmittelpreise im vergangenen Jahr weltweit schon um etwa 20 Prozent gestiegen. Eine Lebensmittel-Verteuerung in dieser Größenordnung hat im Jahre 2010 schon ausgereicht, um in nordafrikanischen Ländern die Revolte des „arabischen Frühling“ auszulösen. Schon in der ersten Woche nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine ist der Futures-Preis für Weizen um 40 Prozent gestiegen und ist danach noch weiter gestiegen, bevor der Markt sich wieder etwas beruhigte.

Den als Spekulanten geschmähten Investoren ist bekannt, das ein Viertel der weltweiten Weizenproduktion aus Russland und der Ukraine stammt. Dieser wurde bislang hauptsächlich in Länder des Nahen Ostens und Afrikas exportiert. Westeuropa ist bei Weizen (noch) autark. Es ist zu befürchten, dass die ukrainischen Landwirte in diesem Frühjahr ihre Felder nicht bestellen können. Dann würde der Weizenpreis noch einmal nach oben springen. Russland und die Ukraine spielen aber auch auf den Märkten für Mais, Sonnenblumenkerne, Gerste und Raps eine bedeutende Rolle.

Da die Ammoniaksynthese mithilfe von Erdgas erfolgt, das in Russland reichlich und preiswert vorhanden ist, wurde Russland zu einem der wichtigsten Exporteure von Stickstoffdünger. Fast ein Viertel der Weltproduktion von Ammoniak und 13 Prozent des Harnstoffs kommen aus Russland. In Westeuropa, zum Beispiel bei der BASF in Ludwigshafen und Antwerpen, wurden hingegen Ammoniak-Anlagen wegen des hohen Gaspreises schon im Herbst 2021 auf unbestimmte Zeit heruntergefahren. Es wird berichtet, dass westeuropäische Landwirte für die diesjährige Saison wegen der hohen Preise bereits deutlich weniger Stickstoffdünger eingekauft haben, sofern dieser überhaupt noch in ausreichenden Mengen angeboten wurde. So drohen auch bei uns Ertragseinbrüche, wenn nicht Missernten, was die Nahrungsmittelpreise weiter nach oben treibt.

Um das Maß voll zu machen, schreibt die EU in ihrer Farm2Fork-Strategie (F2F) von 2020, womit die Ziele des „Green Deal“ für die Landwirtschaft konkretisiert werden, für die nächsten zehn Jahre nicht nur eine 20-prozentige Verminderung des Düngemittelleinsatzes, sondern auch eine Halbierung des Einsatzes synthetischer Pflanzenschutzmittel im Ackerbau

und von Antibiotika und Bioziden in der Viehzucht vor. Ein Viertel der Agrarfläche soll dem Öko-Anbau gewidmet werden. Bei der Formulierung dieser Strategie verzichtete die EU-Kommission völlig auf den Rat von aktiven Landwirten und Agronomen. Stattdessen wurden grüne NGOs konsultiert, die in Brüssel den Ton angeben. Diese forderten einen „transformativen Wandel“ hin zu einer fairen, gesunden und nachhaltigen Lebensmittelerzeugung. Die meisten Fachleute, einschließlich der für das EU-eigene Joint Research Center (IRC) arbeitenden Wissenschaftler, gehen davon aus, dass die Umsetzung des beschlossenen 10-Jahres-Plans zu einem Ertragsausfall von mindestens 20 Prozent führen werden. Für den französischen Agrar-Ingenieur Philippe Stoop markiert die Begründung von *Farm2Fork* den Übergang von der wissenschaftlichen Agronomie zur abergläubischen Agrologie. Diese erinnere an die Lehre von Trofim Lyssenko, deren Anwendung in der Stalin-Zeit Tod und Verderben über Russland und die Ukraine brachte.

So weit ist es zum Glück noch nicht. Es könnte allerdings sein, dass es auch in Europa zu Hungersnöten kommt, wenn die EU infolge ihrer kopflosen Politik gänzlich von russischen Gaslieferungen abgeschnitten wird, bevor sie ihre eigenen Erdgaslagerstätten im Mittelmeer und ihre bedeutenden Schiefergasvorkommen unter den Landmassen erschließen kann. Bis jetzt ist das nämlich noch streng verboten.

Insbesondere Deutschland, das noch lange von russischen Gaslieferungen abhängig bleiben wird, geht harten Zeiten entgegen. Deutschlands hoher Gasbedarf ist bekanntlich eine direkte Folge der besonders intensiven Förderung der unsteten Energiequellen Wind und Sonne. Nun fordern Demonstrationen in deutschen Großstädten, noch rascher aus den verlässlichen Energiequellen Kohle, Öl und Gas auszusteigen, um Wladimir Putin für den Einmarsch in die Ukraine zu bestrafen. Putin wird sich durch diese Drohung mit dem wirtschaftlichen Selbstmord Deutschlands wohl nicht beeindrucken lassen.

Ein Plädoyer für die heimische konventionelle Landwirtschaft – angesichts der aktuellen Krisen brauchen wir sie dringend

geschrieben von Chris Frey | 16. März 2022

Stefan Kämpfe

Konventionelle Landwirtschaft – das war in den vergangenen Jahren neben Kohle und Kernenergie eines der Hassobjekte der grünen Ideologie. Landwirte wurden als Giftspritzer und Umweltvergifter diffamiert sowie für das angebliche „Bienen- und Insektensterben“ verantwortlich gemacht. Gegen alles Unheil dieser Welt wurden hingegen der Bio-Landbau, Bio-Energien und die Energiewende allgemein angepriesen. Dabei unterlag die konventionelle Agrarproduktion schon immer strengen Umweltauflagen, und ihre Produkte dürfen nur sehr geringe Pestizid-Rückstände enthalten, welche weit, weit unter den gesundheitsschädlichen Mengen liegen. Doch nun herrscht eine neue Lage: Die Ukraine-Krise konfrontiert uns auch mit einer möglichen Nahrungsknappheit, denn Russland und die Ukraine zählen zu den größten Getreideproduzenten weltweit.

Während in den ersten Tagen des Ukraine-Krieges zunächst über die energetischen Konsequenzen für Deutschland diskutiert wurde, rücken nun Befürchtungen über eine mögliche Nahrungsmittelverknappung ins Blickfeld. Deutschland, welches sich energiepolitisch mit dem Kernkraft- und Kohleausstieg selbst amputiert und von russischem Gas und Öl abhängig machte, ist auch bei der Landwirtschaft auf dem besten Wege, seine zumindest teilweise vorhandene Autarkie bei wesentlichen Grundnahrungsmitteln (Kartoffeln, Getreide) leichtfertig zu verspielen. Schon vor Kriegsbeginn haben sich nahezu alle Grundnahrungsmittel wie Backwaren, Butter, Eier und Fleisch, stark verteuert, was den grünen Besserverdienern egal ist, aber für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile eine enorme Belastung bedeutet. Die Gründe sind vielfältig:

Leichtfertiger Umgang mit dem nicht vermehrbaren Produktionsmittel Boden. Trotz all der vollmundigen Phrasen unserer Politiker zur ökologischen Wende und zum Klimaschutz werden in Deutschland jeden Tag noch immer etwa 58 Hektar, das sind stattliche 580.000 Quadratmeter (die Fläche von fast 1.500 Kleingärten) versiegelt; dort kann dann keine Nahrungsmittelproduktion mehr stattfinden.

Der zunehmende Anbau von Rohstoffen für Bio-Energien wie Rapsöl und Mais für Bio-Gas, findet auf Flächen statt, wo vorher Nahrungsmittel erzeugt wurden. Dabei ist die Energieausbeute derartiger „Bio-Kraftstoffe“ äußerst bescheiden – der Energieverbrauch für ihre Produktion liegt meist bei 70 bis 90% des Energieertrages. Damit lässt sich keine Unabhängigkeit von Öl- oder Gasimporten erreichen.

Landwirtschaft ist sehr energieintensiv (Transport, Düngemittel, Weiterverarbeitung...). Die steigenden Energiepreise wirken als

Kostentreiber.

Die Energiewende entzieht der Landwirtschaft ebenfalls immer mehr Flächen (Wind- und Solarparks).

Bio-Landbau, der sich in den letzten Jahrzehnten ausdehnte, erwirtschaftet in etwa nur die Hälfte der konventionellen Ernteerträge.

Die im Bereich der Landwirtschaft besonders üppige EU-Bürokratie und immer strengere Umweltauflagen behindern die Arbeit der Landwirte und verteuern die Produktion.

Aber müssen sich konventionelle Nahrungsmittelproduktion mit weiter steigenden Erträgen und Umweltschutz grundsätzlich ausschließen? Gerade die weitere Technisierung und Digitalisierung sowie neue Verfahren der bodenschonenden Bearbeitung bieten die Möglichkeit, Düngemittel oder Pestizide sparsamer und bedarfsgerechter einzusetzen und die ohnehin schon stark gesunkenen Umweltbelastungen weiter zu reduzieren. Doch momentan muss unsere ganze Aufmerksamkeit einer möglichst hohen, preiswerten Nahrungsmittelproduktion im eigenen Land gelten. Deutschland bietet mit teils sehr fruchtbaren Böden (besonders die Lössböden am Nordrand der Gebirge) sowie ausreichenden Niederschlägen günstige landwirtschaftliche Voraussetzungen. Und paradoxerweise hilft dabei auch das als „Klimagas“ verteilte CO₂ – es wirkt als essentieller Grundstoff zur Fotosynthese ertragssteigernd.

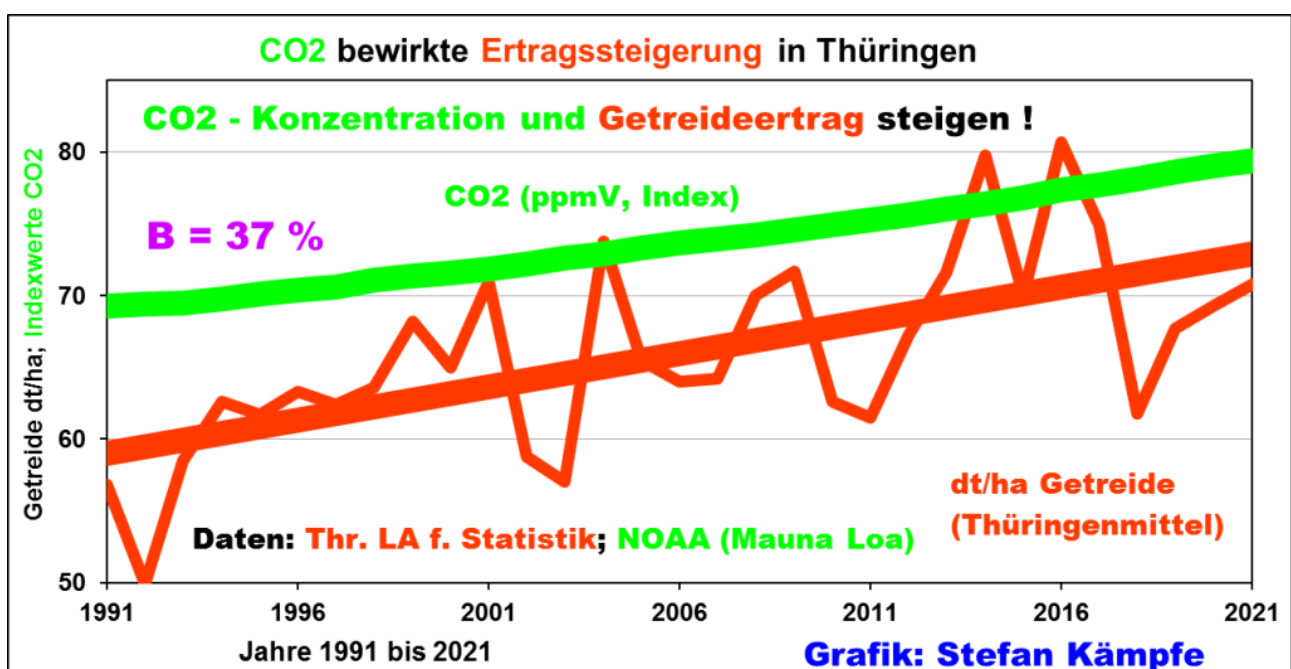


Abbildung: Stark steigende Getreideerträge im Bundesland Thüringen seit über 30 Jahren dank verbesserter Anbautechnologien und Sorten, aber auch wegen höherer CO₂-Konzentrationen. Ähnliche Verhältnisse herrschen bundesweit.

Die politisch Verantwortlichen wären also gut beraten, alles für eine leistungsfähige konventionelle Landwirtschaft zu tun. Denn sollten sich Nahrungsmittel weiterhin exorbitant verteuern oder gar verknappen, so könnte das den sozialen Frieden in Deutschland ernsthaft gefährden.

Stefan Kämpfe, Diplomagraringenieur, unabhängiger Natur- und Klimaforscher

Ein Tweet über Benzinpreise kommt zurück, um Demokraten zu beißen

geschrieben von Andreas Demmig | 16. März 2022

BRIANNA LYMAN Daily Caller News foundation

Ein Dezember-Tweet des Democratic Congressional Campaign Committee (DCCC), in dem Präsident Joe Biden für die Benzinpreise gedankt wird, kommt zurück, um die Demokraten zu beißen.

Die DCCC twitterte Anfang Dezember „Danke, @JoeBiden“ mit einer Grafik, die „US Regular All Formulations Gas Price“ zeigt. Die Grafik zeigte, dass der durchschnittliche Benzinpreis am 22. November bei etwa 3,395 \$ pro Gallone lag und am 29. November bei etwa 3,38 \$ lag.

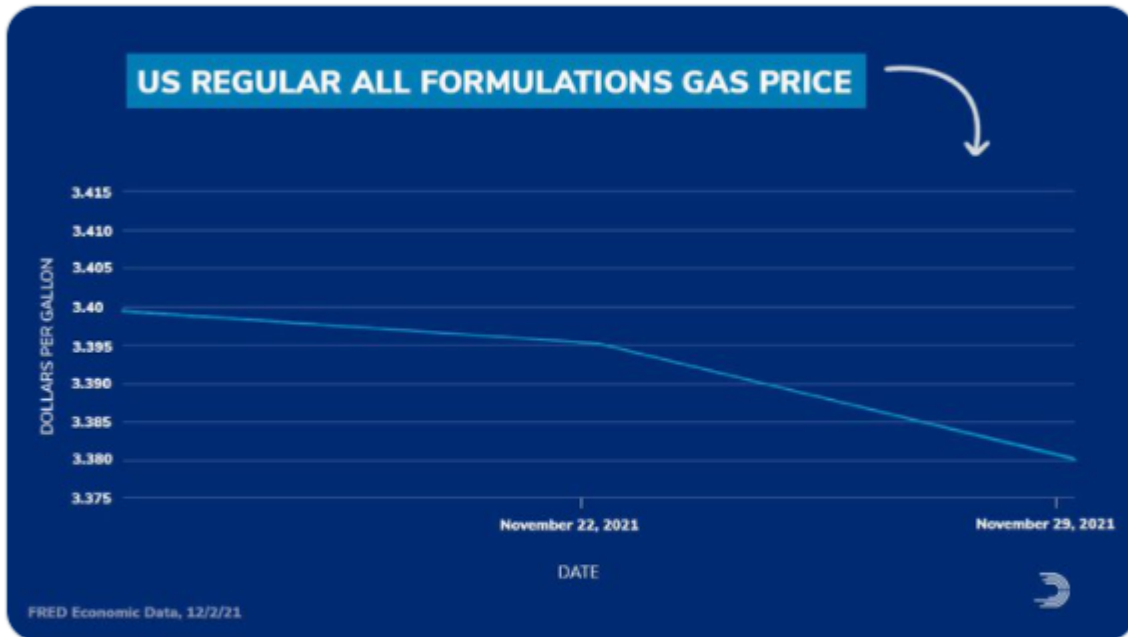
Der durchschnittliche Benzinpreis erreichte am Montag Rekordhöhen, wobei der landesweite Durchschnittspreis 4,104 \$ pro Gallone erreichte, den höchsten in der Geschichte, so GasBuddy, ein Energieanalyseunternehmen, das die Benzinkosten verfolgt.



DCCC ✓
@dccc



Thanks, @JoeBiden.



8:46 nachm. · 2. Dez. 2021 · Twitter for iPhone

1.482 Retweets 8.988 Zitierte Tweets 5.105 „Gefällt mir“-Angaben



Twitter-Benzinpreis aus vergangenen Tagen

Laut GasBuddy erreichte der nationale Durchschnittspreis für Diesel am Montag 4,63 \$ pro Gallone. – siehe Aufmacher Grafik

(RELATED: ‘Simply Not True’: Biden Says He Isn’t Holding Back US Energy Production)

(Zum Thema: „Einfach nicht wahr“: Biden sagt, dass er die US-Energieproduktion nicht zurückhält)

Der Präsident kündigte zuvor in seiner Rede an, dass die USA als Reaktion auf die Invasion der Nation in der Ukraine alle Ölimporte aus Russland verbieten würden. Laut Regierungsdaten importierten die USA im Jahr 2021 täglich mehr als 670.000 Barrel Öl aus Russland .

„Amerikaner haben noch nie so hohe Benzinpreise gesehen, noch haben wir das Tempo der Anstiege so schnell und furios gesehen“, sagte Patrick De Haan, Leiter der Erdölanalyse von GasBuddy, in einer

Erklärung. „Diese Kombination macht diese Situation umso bemerkenswerter und intensiver, da lähmende Sanktionen gegen Russland den Ölfluss drosseln, was zu einem massiven Anstieg der Preise aller Kraftstoffe führt: Benzin, Diesel, Kerosin und mehr.“

De Haan nannte es eine „düstere Situation“, die sich „in absehbarer Zeit nicht verbessern wird“.

Der Aktienmarkt erlitt am frühen Montag einen Rückschlag, nachdem der US-Benchmark -Ölindex kurzzeitig seinen höchsten Stand seit der Großen Rezession erreicht hatte.

Biden kündigte am Dienstag ein Verbot von US-Importen russischer Energie an, da Russland weiterhin in die Ukraine einmarschiert.

„Das bedeutet, dass russisches Öl in US-Häfen nicht länger angenommen wird und das amerikanische Volk Putins Kriegsmaschinerie einen weiteren mächtigen Schlag versetzen wird“, sagte Biden. „Dies ist ein Schritt, der im Kongress und, glaube ich, im Land von beiden Seiten stark unterstützt wird.“

Biden beschrieb die Entscheidung als Ziel „die Hauptschlagader der russischen Wirtschaft zu treffen“** und sagte, die USA „werden sich nicht an der Subventionierung von Putins Krieg beteiligen“.

*** „Der Test für die Politik ist nicht wie etwas beginnt, sondern wie es endet“ – Zitat Henry Kissinger*

<https://dailycaller.com/2022/03/08/democratic-congressional-campaign-com-mitte-tweet-thanks-joe-biden-gas-prices/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

PS:

Vielleicht weiß einer unserer Leser besser Bescheid:

Warum steigen den die Benzinpreise, sowohl in USA und in Europa.

Öl ist doch kaum teurer geworden, ich erinnere mich an gut 160 \$ / barrel, da war Benzin und Diesel billiger als heute

<https://oilprice.com/>

Kernkraftwerke bieten erhebliche Reserven für den Winter 2022/23

geschrieben von Admin | 16. März 2022

von Rainer Klute

Eine »grün motivierte, ideologische Farce« nennt die Nuklearia das Ergebnis der von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck im ZDF-Morgenmagazin versprochenen »unideologischen« Prüfung, ob eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke möglich und sinnvoll sei. Anders als Bundeswirtschafts- und -umweltministerium behaupten, bieten die Kernkraftwerke für den Winter 2022/23 sehr wohl noch erhebliche Leistungsreserven. Die sollte Deutschland nicht leichtfertig aus der Hand geben. Die Nuklearia fordert den Weiterbetrieb der laufenden Anlagen und die Reaktivierung der zum Jahresende 2021 abgeschalteten Kernkraftwerke. Die technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen sind mit moderatem Aufwand zu bewältigen.

Inkompetente Prüfung ohne Expertenrat

»Die Ministerien haben überhaupt nicht richtig geprüft. Sie haben eine Abwägungssimulation durchgeführt, deren Ergebnis ein Papier war, dessen Inhalt bereits vorher feststand. Grüne Ideologie geht ihnen offenbar vor Versorgungssicherheit. Aber wenn wir von Versorgungssicherheit sprechen, dann geht es um Menschenleben. Eine »Analyse« wie diese ist völlig unverantwortlich, zumal keine Fachleute einbezogen wurden«, ärgert sich Nuklearia-Vorsitzender Rainer Klute. »Manche Annahmen der Ministerien sind nachweislich falsch und führen daher zu falschen Schlussfolgerungen. Hätten die Autoren die Fachleute in den Ministerien und in den zuständigen Fachgremien befragt, wäre ihnen das nicht passiert.«

Brennelemente enthalten noch erhebliche Energiereserven für 2023

Ein Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke brächte für den Winter 2022/23 keine zusätzlichen Strommengen, meinen die unter grüner Leitung stehenden Ministerien in einem knappen viereinhalbseitigen Prüfvermerk, den sie am 8. März 2022 vorlegten. Demnach stünden frühestens ab Herbst 2023 wieder frische Brennelemente zur Verfügung. Ab Januar 2023 könnten die Kernkraftwerke nichts zusätzlich beitragen.

Doch das trifft nicht zu. Richtig ist, dass die derzeit eingesetzten Brennelemente für einen Volllastbetrieb bis zum Jahresende 2022

vorgesehen und berechnet sind. Doch anders als von den Ministerien vermutet, sind sie dann nicht erschöpft. Vielmehr verfügen die sogenannten »abgebrannten« Brennelemente noch über erhebliche Leistungsreserven. Diese lassen sich auch über den derzeit vorgesehenen Abschalttermin 31. Dezember 2022 hinaus nutzen. Sie können signifikant zur Versorgungssicherheit beitragen. »Mit diesen »abgebrannten« Brennelementen lässt sich noch so viel Strom zusätzlich erzeugen, wie ein großes Gaskraftwerk in zweieinhalb Jahren Volllastbetrieb liefert. Für den Winter 2022/23 und auch darüber hinaus ist also noch eine Menge Energie da. Erst danach sind frische Brennelemente nötig«, erläutert Klute. Er fordert eine schnelle Entscheidung: »Je früher die Brennelemente bestellt werden, desto früher sind sie da.«

Insgesamt lassen sich die Punkte, die Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium als mögliche Hintergrundgründe sehen, in technische, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte einteilen.

Periodische Sicherheitsüberprüfung

Zur sicherheitstechnischen Bewertung der Kernkraftwerke beteuert der Prüfvermerk von Bundesumweltministerium (BMUV) und Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) zwar, dass sich die noch laufenden Anlagen »... in einem vollständig genehmigten und überwachten Zustand [befinden]. Sie sind sicherheitstechnisch grundsätzlich auf einem hohen Niveau.« Allerdings fanden 2019 in Anbetracht des sich nahenden Atomausstiegs die zehnjährlichen periodischen Sicherheitsüberprüfungen (PSÜ) nicht mehr statt. Diese PSÜ ziehen sich laut Prüfbericht über Jahre hin. Man könnte also meinen, die Kraftwerke stünden in diesem Zeitraum nicht zur Stromerzeugung zur Verfügung.

Tatsächlich aber handelt es sich bei einer PSÜ zu einem Teil um Schreibtischarbeit, zum anderen Teil um Überprüfungen, die während des laufenden Betriebs erledigt werden. Ulrich Waas, Diplom-Physiker und ehemaliges Mitglied der Reaktorsicherheitskommission, erläutert das von ihm mitentwickelte Konzept der Sicherheitsüberprüfungen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 13. März 2022. Bei der letzten PSÜ im Jahr 2009 habe man für alle drei in Frage kommenden Anlagen zusammen rund 1.500 Arbeitsstunden gebraucht. Je nachdem, wie viel Personal man darauf ansetze, lasse sich das in ein paar Monaten bewältigen.

Zusätzliche Leistungsreserven durch Streckbetrieb nutzen

Was die Verfügbarkeit von Kernbrennstoff betrifft, argumentiert der Prüfbericht, dass eine zeitnahe Beschaffung frischer Brennelemente nicht möglich sei. Die Anlagen stünden nach dem 31. Dezember 2022 ohne Brennstoff da. Man könne zwar im Sommer 2022 die Kernkraftwerke mit verminderter Leistung fahren, so dass sie auch über den 31. Dezember

2022 hinaus noch für eine gewisse Zeit Strom liefern könnten. Insgesamt würde damit aber nicht mehr Strom produziert, bringe also nichts.

Doch diese Darstellung von BMUV und BMWK ist falsch. Vielmehr enthalten die Brennelemente noch erhebliche Leistungsreserven, die sich nutzen lassen. Dazu muss man wissen, dass beim jährlichen Brennelementwechsel keineswegs sämtliche Brennelemente ausgetauscht werden, sondern nur die ältesten, die schon seit vier oder fünf Jahre im Reaktorkern stehen.

Das ist ähnlich wie in der Grundschule: Zum Schuljahreswechsel werden nicht sämtliche Schüler gegen neue ausgetauscht. Vielmehr verlassen nur diejenigen Schüler die Schule, die dort schon vier Jahre hinter sich haben. Dafür rücken dann neue Erstklässler nach. Der eine oder andere bleibt auch fünf Jahre in der Grundschule.

Nur ein kleiner Teil der Brennelemente wird ausgetauscht

Nach einem Brennelementwechsel befinden sich daher unterschiedlich stark verbrauchte Brennelemente im Kern: Neben den frischen finden sich solche, die schon ein, zwei, drei oder sogar vier Jahre hinter sich haben.

Im Hinblick auf den Atomausstieg haben die Betreiber der Kernkraftwerke jedoch keine frischen Brennelemente mehr bestellt. Die aktuell vorhandenen Reaktorkerne sind so berechnet, dass die Anlagen damit noch bis zum Jahresende mit voller Leistung fahren können. Danach sind die ältesten Brennelemente am weitesten »heruntergebrannt«. Die übrigen Brennelemente enthalten aber noch erhebliche Reserven.

Und an diesem Punkt irren Bundeswirtschafts- und -umweltministerium! Denn diese Reserven lassen sich nutzen. Sie können im Winter 2022/23 erheblich zur Stromversorgung beitragen. Zwar ist der übliche Brennelementwechsel mangels frischer Brennelemente nicht möglich, man kann aber die Anlage noch eine Zeitlang mit den vorhandenen Brennelementen einfach weiterlaufen lassen. Auf diese Weise ist zwar kein Volllastbetrieb mehr möglich, aber die Kraftwerke können mindestens 90 Tage lang mit leicht fallender Leistung Strom produzieren. Dieser sogenannte Streckbetrieb schließt sich nahtlos an den Volllastbetrieb an.

Anschließend lassen sich weitere Reserven mobilisieren: Man fährt den Reaktor herunter, öffnet den Reaktordeckel und ordnet die Brennelemente, die schachbrettartig im Kern stehen, etwas anders an. Vielleicht tauscht man auch einige Brennelemente der vierten oder fünften Standzeit gegen noch gute, bereits gebrauchte Brennelemente aus dem Nasslager aus.

Kernkraftwerke können im Winter 2022/23 wesentliche Beiträge liefern

Mit dieser neuen Anordnung der Brennelemente ist sogar wieder ein Volllastbetrieb möglich, jedenfalls für weitere 40 bis 60 Tage. Daran schließt sich erneut ein Streckbetrieb über 80 bis 90 Tage an. Insgesamt sind also sieben bis acht Monate zusätzlicher Betrieb ohne frische Brennelemente möglich.

Im Winter 2022/23 können die drei Kernkraftwerke jedenfalls wesentliche Beiträge liefern. Im ersten Streckbetrieb, also ab Beginn des Jahres 2023, können die Anlagen insgesamt rund 7,5 Terawattstunden (TWh) Strom zusätzlich liefern, also 7,5 Milliarden Kilowattstunden. In der Phase nach der Umgruppierung der Brennelemente kommen weitere 4,5 bis 6 TWh hinzu. Im zweiten Streckbetrieb sind es dann noch einmal 7 bis 7,5 TWh. In Summe lassen sich so 19 bis 21 TWh oder mehr zusätzlich an Strom erzeugen, ohne dass ein einziges neues Brennelement notwendig wäre.

Laut International Energy Agency (IEA) sparen 70 TWh Strom aus CO₂-armen Quellen wie Kernenergie 13 Milliarden Kubikmeter Erdgas ein. Die 19 bis 21 TWh Stromproduktion aus alten Brennelementen bringen also eine Ersparnis von 3,5 bis 3,9 Milliarden Kubikmetern Erdgas, die nicht aus Russland importiert werden müssen oder für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Wie viel wäre der zusätzlich produzierte Strom wert? Die Futures für Grundlaststrom im ersten Quartal 2023 liegen derzeit bei rund 150 Euro pro MWh. Die 19 bis 21 TWh brächten also einen Erlös von rund 3 Milliarden Euro.

Neue Brennelemente brauchen Zeit

Während sich mit dem Streckbetrieb die Zeit bis Juli oder August 2023 überbrücken ließe, müssten die Betreiber möglichst bald neue Brennelemente bestellen. Passende Brennelemente hat der Hersteller nämlich nicht einfach auf Lager, sondern fertigt sie für den jeweiligen Reaktortyp nur individuell auf Bestellung. Das dauert normalerweise etwa 18 Monate. Würden jetzt neue Brennelemente bestellt, könnten die Betreiber im September 2023 den regulären Brennelementewechsel nachholen. Die Kernkraftwerke hätten also nur eine kurze Stillstandszeit. Möglicherweise lässt sich die Fertigung der Brennelemente auch priorisieren und etwas beschleunigen. Das benötigte angereicherte Uran für die neuen Brennelemente kann zum Beispiel aus den LEU-Vorräten der IAEA-Kernbrennstoffbank innerhalb kurzer Zeit abgerufen werden.

Betriebspersonal ist verfügbar

Nachfragen bei den Betreibern ergaben, dass das Betriebspersonal hochmotiviert ist, ihre Anlagen weiter zu betreiben. Viele würden sogar

auf ihren vorzeitigen Ruhestand verzichten, wenn sie dafür die Gelegenheit hätten, »ihre« Anlage weiterbetreiben zu können. Die Verschrottung voll funktionsfähiger Kraftwerke ist in ihren Augen ein Unding.

Ersatzteile

BMUV und BMWK sehen als weiteres Problem, dass die Ersatzteilbevorratung abgebaut worden sei und bezweifelt, dass ausreichend Ersatzteile für das Sicherheitssystem und für betriebliche Systeme vorhanden seien. Hier haben sich in der Tat einige Zulieferer zurückgezogen. Andererseits sind weltweit rund 440 Kernreaktorblöcke in Betrieb, die alle mit ausreichend Ersatzteilen versorgt werden müssen und versorgt werden. Laut Ulrich Waas ist die Technik in den deutschen Anlagen nicht derart einzigartig, dass keine anderen Zulieferbetriebe einspringen könnten.

Änderung des Atomgesetzes nötig

Grundsätzlich gilt für die Kernkraftwerke in Deutschland gemäß § 7 Absatz 1a Atomgesetz (AtG) eine Laufzeitbeschränkung. Um eine Laufzeitverlängerung zu ermöglichen, müsste der entsprechende Absatz gestrichen werden. Eine solche Gesetzesänderung müsste der Bundestag beschließen. BMUV und BMWK sehen das Risiko, dass Verfassungsbeschwerden eine solche Gesetzesänderung stoppen könnten. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn sie ganz offensichtlich ihre Ziele verfehlen würde. Das ist hier aber nicht der Fall, zumal die Kernkraftwerke nicht nur zur Versorgungssicherheit beitragen, sondern auch zum Klimaschutz. Ohnehin verfügt der Bundesgesetzgeber aufgrund seiner Einschätzungsprärogative über einen weiten Entscheidungsspielraum.

Der Prüfbericht der Ministerien argumentiert zudem, dass eine Laufzeitverlängerung eine aufwendige Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern würde und es fraglich sei, dass die Anlagen, insbesondere die zum 31. Dezember 2021 vom Netz gegangenen Kraftwerke, eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung bestehen würden. Eine entsprechende Gesetzesänderung könne bereits im Eilverfahren durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden.

Risiken der Laufzeitverlängerung gegen Risiken der Energiekrise abwägen

Allerdings gab es im Jahre 2010 bereits eine Laufzeitverlängerung, deren Entscheidungsprozess einer formalen Güterabwägung unterlag. Die Bundesregierung hatte damals die Risiken einer Laufzeitverlängerung einerseits gegen den Nutzen einer zuverlässigen und klimaschonenden Energieversorgung andererseits abgewogen. Ergebnis dieser Abwägung war, dass das Verhältnis von Risiko und Nutzen eine Laufzeitverlängerung rechtfertigten.

Angesichts der aktuellen Energiekrise, die eine erhebliche Gefährdung der Versorgungssicherheit in Deutschland darstellt – ein flächendeckender Stromausfall hätte katastrophale Auswirkungen zur Folge – ist nicht zu erwarten, dass das Bundesverfassungsgericht den Ermessensspielraum des Gesetzgebers beschneiden würde.

Während die derzeit laufenden Kernkraftwerke Emsland, Isar 2 und Neckarwestheim 2 über gültige Berechtigungen zum Leistungsbetrieb verfügen, sind diese für die zuletzt abgeschalteten Anlagen Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen C erloschen. Sie müssten neu beantragt werden. Dazu wäre nachzuweisen, dass die Anlagen dem Regelwerk »Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke« (SiAnf, Fassung von 2015) entsprechen. Von einem »EPR-Standard«, den BMWK und BMUV erwähnen, kann keine Rede sein.

Wirtschaftliche Aspekte

Wie oben bereits dargestellt, sind die technischen und personellen Herausforderungen der Laufzeitverlängerungen mit moderatem Aufwand zu bewältigen. Das wiederum bedeutet, dass sich die Kosten für diesen Aufwand in Grenzen halten werden.

Andererseits dürfte sich der produzierte Strom zu deutlich höheren Preisen als in der Vergangenheit verkaufen lassen. Ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke sollte also eine hochprofitable Angelegenheit sein.

Kernkraftwerke drücken den Strompreis

Für den Strommarkt wäre es eine Win-Win-Situation, von der auch die Endverbraucher profitieren. Denn Kernkraftwerke zählen zu denjenigen Kraftwerken, die sehr günstig Strom erzeugen. Wenn sie laufen, können teurere Kraftwerke heruntergefahren werden, die sonst zur Deckung des Gesamtbedarfs nötig wären. Das sind meist Erdgas- oder Steinkohlekraftwerke. Das teuerste Kraftwerk bestimmt immer den Börsenpreis des Stroms, den sämtliche Kraftwerke erhalten. Wenn also teure Kraftwerke nicht laufen müssen, weil die Kernkraftwerke billigeren Strom liefern, kommt dies den Kunden aller Kraftwerke zugute.

Der Prüfbericht der Ministerien weist auch auf zusätzlich anfallende Kosten für die Entsorgung der zusätzlich anfallenden radioaktiven Abfälle hin, außerdem auf die zu verlängernden Versicherungspolice für die Kernkraftwerke. Diese könnten die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen, meinen BMWK und BMUV. Allerdings sind diese Einwände nicht wirklich nachvollziehbar. Diese Versicherungsprämien sind erstens vergleichsweise gering und würden zweitens bei einer Laufzeitverlängerung nicht deutlich steigen.

Die zusätzlich anfallenden Mengen an abgebrannten Brennelementen betragen 30 Tonnen pro Reaktor und Jahr. Gemessen am Gesamtbestand von 10.500 Tonnen hochradioaktiver Abfälle aus Brennelementen ist das

relativ wenig. Selbst ein Weiterbetrieb von zehn Jahren würde also weniger als 9 Prozent an zusätzlicher Masse an radioaktiven Abfällen erzeugen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die im Prüfbericht vom Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium vorgebrachten Argumente gegen eine Laufzeitverlängerung nicht überzeugen.

Die technischen und personellen Anforderungen an eine Laufzeitverlängerung stellen gewisse Hürden dar, die sich aber überwinden lassen. Die Wirtschaftlichkeit steht ohnehin außer Frage. Der Gesetzgeber hat es in der Hand, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Eine Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke ist daher vor allem eine politische Frage, keine technische, wirtschaftliche oder rechtliche. Wenn die Bundesregierung den politischen Weg für eine Laufzeitverlängerung frei macht, dann lässt sich diese auch umsetzen.

Quellen

- *Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs*; Bundeswirtschaftsministerium, Bundesumweltministerium; 2022-03-07
- *Bundesumweltministerium und Bundeswirtschaftsministerium legen Prüfung zur Debatte um Laufzeiten von Atomkraftwerken vor*; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz; 2022-03-08
- *Technisch machbar*; Sebastian Balzter; Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; 2022-03-13
- *Weiterbetrieb von deutschen Kernkraftwerken: Bundesregierung schlägt möglichen Beitrag der Kernenergie zur aktuellen Energiesicherheit leider aus*; Kerntechnik Deutschland e. V. (KernD); 2022-03-08
- *Sicherheitsanforderungen an Kernkraftwerke*; Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) gGmbH
- *Möglicher Stromausfall Bei einem Blackout droht der Kollaps*; Jens Eberl; Tagesschau; 2022-03-07
- *Aktueller Bestand*; Bundesgesellschaft für Endlagerung; abgerufen am 2022-03-14
- *A 10-Point Plan to Reduce the European Union's Reliance on Russian Natural Gas*; International Energy Agency; März 2022
- *Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)*; 2022-01-03
- *Futures*; EEX
- *Database documentation, Natural Gas Information*

„Wissenschaftler“ wollen am Gashahn drehen

geschrieben von Admin | 16. März 2022

von Manfred Haferburg

Es existieren auf der Erde drei Quellen, aus denen Energie nutzbar gemacht werden kann. Das ist die fossile Energie mit Kohle, Öl und Gas, die Kernenergie mit Kernspaltung und Kernfusion und die regenerative Energie mit Wasserkraft, Sonne, Wind und Biomasse. Das Wohlergehen, ja das Überleben der Menschen hängt davon ab, wie viel Energie aus diesen Quellen sie sich nutzbar machen können.

Die deutsche Energiewende ist nichts anderes als das Aussteigen aus zwei der drei vorhandenen Energiequellen dieser Welt, nämlich der Kernenergie und der fossilen Energie. Das Fatale an diesem ideologisch getriebenen Vorgehen ist die bewusste Zerstörung der Kraftwerke dieser Quellen, bevor sicher ist, dass die verbliebene regenerative Quelle den Wohlstand und das Überleben gewährleisten kann. Die regenerativen Energiequellen sind mit Abstand die mit der niedrigsten Energiedichte und hoher Volatilität. Wirtschaftliche Speicher, die dies ausgleichen könnten, sind für die benötigte Kapazität noch nicht erfunden.

Flankiert wird das große Aussteigen von Menschen, die sich stolz Wissenschaftler nennen – in vorderster Front die 1.600 Wissenschaftler der Leopoldina. Die Leopoldina gründete sich 1652. 2008 wurde sie unter Angela Merkel zur „Nationalen Akademie der Wissenschaften“ ernannt, welche die Politik berät.

Die Leopoldina hatte sich schon während der Corona-Zeit durch immer neue Forderungen nach „harten Lockdowns“ und der Forderung nach einer „stufenweisen Impfpflicht“ (10 Stellungnahmen „Klare und konsequente Maßnahmen – sofort“) hervorgetan. *„Wenn die Unterzeichner dieser Ad-hoc-Stellungnahme vor dem Hintergrund der skizzierten Wertfragen für Freiheitseinschränkungen in Form von Impfpflichten und drastischeren Kontaktbeschränkungen plädieren, dann geschieht dies in der Überzeugung, dass die hierzu führenden Abwägungen im Einklang mit Grundwerten und Prioritäten stehen, die von der Mehrheit der Bevölkerung mit guten Gründen geteilt werden. Auch die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ist unter den aktuellen, vor einem Jahr so nicht vorhersehbaren Umständen ethisch und rechtlich gerechtfertigt.“*

Angesichts der Debatte über den denkbaren Boykott russischer Energieträgerlieferungen hat die Nationale Akademie der Wissenschaften

(Leopoldina) eine Stellungnahme zur sicheren Energieversorgung veröffentlicht. Die elf Professoren und zwei redaktionellen Begleiter kommen auf neun Seiten zu dem Schluss, dass auch ein kurzfristiger Lieferstopp von russischem Erdgas für die deutsche Volkswirtschaft handhabbar wäre.

Schönrechnungen des Dilemmas

Kurz gesagt, ermutigen die Wissenschaftler die Regierung, ab sofort russisches Erdgas, Kohle und Öl – also ein Drittel der deutschen Primärenergiebasis nicht mehr zu importieren. Als Maßnahmen schlagen sie vor: Energiesparen, Flüssiggas zu beschaffen, Kohle zu verstromen (ohne den Kohleausstieg bis 2030 aus den Augen zu verlieren), die „Transformation“ zur Klimaneutralität (Wind und Sonne) zu beschleunigen und grünen Wasserstoff zu importieren, den es in nennenswertem Umfang gar nicht gibt und für den keine Infrastruktur besteht.

Die „Ad-Hoc-Stellungnahme“ liest sich wie das Parteiprogramm der Grünen. Sie endet mit: *„Wichtig in der aktuellen Situation wäre es auch, den geplanten Kohleausstieg 2030 nicht in Frage zu stellen. Er hilft dabei, von russischen Kohleimporten, die 50 % der deutschen Kohleimporte ausmachen, unabhängig zu werden. Bestehende wirksame Mechanismen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen, allen voran der Emissionshandel und seine Weiterentwicklung im Rahmen der Umsetzung des EU Green Deal, dürfen nicht geschwächt werden. Vielmehr bilden bestehende Mechanismen eine gute Grundlage für weitere, beschleunigende Maßnahmen.“* Kernenergie wird nicht erwähnt. In einem Nebensatz steht verschämt: *„Engpässe könnten sich im kommenden Winter ergeben...“*

Nach meiner Interpretation ist es ein Dokument des „Frierens für den Frieden“. Da steht tatsächlich: „Flüssiggas-Importe können theoretisch den Gas-Bedarf ersetzen, ...“ Von einer Bauzeit für Flüssigkeitsgasterminals von drei (!) Jahren ist die Rede – in Deutschland!

Immer wieder wird „rein rechnerisch“, „müsste“, „könnte“ und „Überschlagsrechnung“ in die Schönrechnungen des Dilemmas eingefügt. Und die Professoren fordern, dass die EU das Flüssiggas beschafft – das hat sich ja schon bei der Impfstoffbeschaffung „bewährt“ – und der Staat stärker regulierend eingreift – no comment. Und dann stehen da noch lustige Sachen drin, wie: *„Eine kurzfristig intensivierete Kohleverstromung wird daher zwar zu zusätzlichen Kostenbelastungen für die vom ETS erfassten Unternehmen – und mittelbar über Überwälzungsprozesse Kostenbelastungen für deren Kunden – führen, aber nicht zu einer Erhöhung der europäischen Emissionen“*. Wenn ich darf, füge ich also den Slogan „Blechen für den Frieden“ hinzu.

Aber nicht nur die Wissenschaftler der Leopoldina plädieren für Sanktionen, die dem eigenen Volk mehr schaden als dem Sanktionierten. *Welt Online* erwähnt in einem Artikel die Stellungnahme der Leopoldina

und zitiert dort die Ansichten einiger „Wissenschaftler“, von denen der geneigte Leser annehmen muss, dass sie zum erlauchten Kreis der Leopoldianer zählen. Man muss schon in der Mitgliederliste nachschlagen, um festzustellen, das dem aber nicht so ist, sondern dass es sich bei den Befragten um Energiewendelobbyisten handelt.

„Feuerwerk an Energiesparmaßnahmen“

„Kurzfristig ist der größte Hebel das Sparen von Energie“, kommentiert Professor Michael Sterner von der Technischen Hochschule Regensburg. Mittelfristig sei der Ausbau der erneuerbaren Energien das Entscheidende. Sterner plädiert zudem für die Einführung von autofreien Sonntagen und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen Autobahnen. *„Das ist absolut zu rechtfertigen“*, sagt der Professor für Energiespeicher und Energiesysteme. Diese Maßnahmen seien auch in psychologischer Hinsicht sinnvoll. Das würde dann auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, weil entsprechend weniger Kohlendioxid freigesetzt würde. Und mit vier autofreien Sonntagen pro Monat, so Sterner, ließe sich gar ein Zehntel des Treibstoffs einsparen.

Professor Sterner ist davon überzeugt davon, dass nicht nur beim Heizen, sondern in nahezu allen Bereichen der Energieversorgung künftig der elektrische Strom eine zentrale Rolle spielen werde. *„Strom wird zum wichtigsten und effizientesten Energieträger“*, sagt Sterner. Er ist davon überzeugt, dass Autos in Zukunft ausschließlich elektrisch angetrieben werden. Lediglich für Lkws und Flugzeuge seien Wasserstoff und synthetische Treibstoffe Alternativen.

Professor Sterner forscht an der Entwicklung von Power-to-Gas-Technologie. Da weiß er auch, dass zur Herstellung einer Kilowattstunde grünen Wasserstoffes drei Kilowattstunden Windstrom benötigt werden. Da hilft wirklich nur sparen und ganz viel Windräder bauen. Bisher tragen Wind und Sonne nämlich nur ganze 5 Prozent zur Primärenergie Deutschlands bei. Da ist es noch ein langer Weg des Sparens, bis die restlichen 95 Prozent zugebaut sind. Und ob der Professor Sterner wohl weiß, dass auf deutschen Straßen 3,4 Millionen LKWs fahren, die sowieso schon ein Sonntagsfahrverbot haben? Nicht von Baumaschinen, Landwirtschaftsfahrzeugen und Schiffen zu reden. Nicht von der Industrie zu reden, die den Stahl und den Zement für die vielen zu errichtenden Windmühlen erzeugen sollen.

„Da müssen wir jetzt im Zeitraffer nachholen, was wir in der Vergangenheit versäumt haben“, sagt Dr. Martin Pehnt vom Institut für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg. Das Institut ist eine GmbH und berät die Politik, kurz gesagt: ein Lobbyverein. Kurzfristig helfe eben nur Sparen, also Verhaltensänderungen. Konkret heißt das unter anderem, die Raumtemperaturen im Winter abzusenken. Ein Grad weniger bedeute sechs Prozent weniger Energieverbrauch. *„Wir brauchen ein ganzes Feuerwerk an Energiesparmaßnahmen“*, sagt Pehnt. Weniger lange duschen, dabei Sparduschköpfe verwenden und auf unnötige Beleuchtung zu

verzichten, sind weitere Punkte.

Notfalls auf das Heizen verzichten

Pehnt rechnet auch noch vor, dass sich durch die vorgeschlagenen Geschwindigkeitsbegrenzungen der Kraftstoffbedarf hierzulande um vier Prozent reduzieren ließe. Schließlich steigt der Benzinverbrauch exponentiell mit der Geschwindigkeit.

Von was er die 6 Prozent Einsparung beim Temperaturabsenken berechnet hat, bleibt im Vagen. Mit Sicherheit nicht vom Primärenergiebedarf. Was will Pehnt einem Arbeiter sagen, der mit seinem alten Diesel sowieso nur mit 80 zur Arbeit fährt, weil er sich selbst diese Fahrt kaum leisten kann? Außerdem ist seine vierprozentige Benzineinsparung falsch. Ein 130er Tempolimit auf der Autobahn bringt 0,5 Prozent Einsparung beim Pkw und ca. 0,3 Prozent beim Kraftstoffverbrauch des Straßenverkehrs.

„Wir müssen jetzt Wind- und Solarkraftanlagen schnellstmöglich ausbauen und auch ausreichend Batterien installieren, die bedarfsgerecht elektrische Energie zwischenspeichern können“, sagt Professor Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme in Freiburg, einem Solarlobbyverein.

Wie viel Energie sich mit gut gedämmten Häusern einsparen lässt, verdeutlicht Burger mit einem Experiment, das er vor gut einer Woche gestartet hat. „Da habe ich einfach mal die Heizung in meinem Haus komplett abgeschaltet, um zu sehen, was dann passiert.“ Zu diesem Zeitpunkt habe die Zimmertemperatur 21 Grad Celsius betragen. „Und eine Woche später liegt die Temperatur immer noch bei 19 Grad Celsius“, berichtet Burger, „und das ganz ohne Heizung.“ Da könnte man notfalls eben auch ganz auf das Heizen verzichten.

Mir ist nicht bekannt, ob Herr Professor Burger weiß, dass das größte Batteriespeicherwerk der Welt, die Moss Landing Energy Storage Facility in Monterey County (USA) derzeit eine Spitzenleistung von 300 MW bringen kann und eine Kapazität von 1.200 MWh hat. Es brauchte 200 solcher Batterien, um Deutschland nur vier Stunden mit Strom zu versorgen, dann sind sie leer. Um eine zweitägige Dunkelflaute zu überstehen, brauchte es für Deutschland 2.500 solcher Anlagen. Das Lithium dafür müsste wohl von einem anderen Planeten importiert werden. Und wir reden hier nur über die Stromversorgung, die derzeit 25 Prozent des Primärenergieverbrauches ausmacht.

Burger hat nach eigener Angabe ein Haus mit Dreifachverglasung und 20 cm Dämmschicht an der Fassade. Er gibt nicht an, bei welcher Außentemperatur er sein „wissenschaftliches Heizungseinspar-Experiment“ durchgeführt hat. Was will der wohlalimentierte Professor einem Mieter sagen, der sich mit zwei Jobs gerade mal die Miete für eine einfachverglaste Wohnung leisten kann und schon wegen der Kosten auf Teufel komm raus beim Heizen sparen muss?

Mit Verlaub, liebe ehrwürdige Leopoldina- und Energiewende-Lobby-Experten – mit blechen, frieren und hungern für den Frieden und mit Sparduschköpfen und Licht ausschalten gegen Putins Panzer? Mit undurchführbaren Konzepten, die nur der eigenen Bevölkerung schaden, die Russen zum Frieden zwingen? Mit nochmal Verlaub – Ihr seid ein Feuerwerk an Unwissenschaftlichkeit und Arroganz.

Oder, was wahrscheinlicher ist, Ihr wollt die Leute verklapsen, denn so dumm könnt Ihr gar nicht sein.

Wie sang Wolf Biermann schon in der DDR über die dortigen stromlinienförmigen Professoren?

*Was haben wir denn an denen verlorn:
An diesen deutschen Professorn
Die wirklich manches besser wüssten
Wenn sie nicht täglich fressen müssten
Beamte! Feige! Fett und platt!
Die hab ich satt!*

Manfred Haferburg ist Autor des autobiografischen Romans „Wohn-Haft“ (5 Sterne bei 177 Bewertungen). Er wuchs in Sachsen-Anhalt auf und studierte in Dresden. Er arbeitete im Kernkraftwerk Greifswald, einem der damals größten Atomkraftwerke der Welt. Durch seine sture Weigerung, in die SED einzutreten, fiel er der Staatssicherheit auf. Als er sich auch noch weigerte, Spitzel zu werden, erklärte ihn die Partei zum Staatsfeind. Von seinem besten Freund verraten, verlor Manfred erst seinen Beruf, dann seine Familie und zuletzt die Freiheit. Ein Irrweg durch die Gefängnisse des sozialistischen Lagers begann, der im berüchtigten Stasigefängnis Hohenschönhausen endete. Hier gehörte er zu den letzten Gefangenen, die von der Stasi entsorgt wurden. Manfred Haferburg lebt heute mit seiner Frau in Paris.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier